

Isabelle Stadelmann-Steffen, Richard Traummüller

Der religiöse Faktor in der Familienpolitik

Ein empirischer Test klassischer und neuerer Ansätze im Vergleich von 27 OECD-Ländern

In unserem Beitrag untersuchen wir die Rolle der Religion für die Ausgestaltung der Familienpolitik. Während die „klassische“ Staatstätigkeitsforschung den Einfluss von Religion vornehmlich auf die Stärke christdemokratischer Parteien oder auf generelle kulturelle Ländermuster zurückführt, betonen „neuere“ Ansätze der Wohlfahrtsstaatsforschung die Bedeutung religiöser Werte in der Bevölkerung, die Ausgestaltung des Staat-Kirche-Verhältnisses sowie die historische Rolle verschiedener Strömungen des Protestantismus für die Entwicklung und Ausgestaltung von Wohlfahrtsstaatlichkeit. Unser Beitrag kontrastiert die beiden Forschungsstränge im Rahmen eines systematischen quantitativen Vergleichs von 27 OECD-Staaten und evaluiert die relative Erklärungskraft der klassischen und neueren theoretischen Argumente, um auf diese Weise zu einem differenzierteren Verständnis des Zusammenhangs von Religion und öffentlicher Familienpolitik zu gelangen.

Religion, Familienpolitik, vergleichende Policy-Forschung, bayesianische Statistik

1. Einleitung

In den letzten Jahren hat der religiöse Faktor in der Politik im Allgemeinen und in der Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Politik im Besonderen beachtliche wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren. Diese Entwicklung fügt sich in einen generelleren Trend der stärkeren Berücksichtigung von „Kultur“, „Werten“ und „Ideen“ für das Verständnis und die Erklärung politischen Handelns. Aus kulturalistischer Perspektive lässt sich wohlfahrtsstaatliche Politik als eine spezifische Form politischer Handlungen und Entscheidungen begreifen, welche ganz wesentlich von moralischen Vorstellungen über den Sinn menschlicher Existenz, sozialer Ordnung und politischer Organisation bestimmt werden (Rieger/Leibfried 2004). Der Religion als bedeutende Quelle und kultureller Vorratsspeicher von leitenden Vorstellungen des Guten und Richtigen kommt hierbei zweifelsohne eine wichtige Schlüsselrolle zu. Inwieweit und mit welchem Resultat religiös fundierte Ideale für die Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen relevant werden, hängt dabei zum einen von ihren konkreten Inhalten, zum anderen aber auch von dem Grad ab, in welchem es ihren Trägern gelingt, sie im politischen Prozess gegen alternative Entwürfe durchzusetzen. In der jüngeren Wohlfahrtsstaatsforschung sind nun einige bedeutende theoretische Neuentwicklungen und verfeinerte Argumente hervorgebracht worden, welche den Einfluss von Religion auf die Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Politik ins Zentrum des analytischen Interesses rücken und mit neuen Erklärungsversuchen aufwarten (Minkenberg 2002, 2008; Manow 2002; van Kersbergen/Manow 2009).

Die zentrale Frage unseres Beitrags lautet, inwieweit diese theoretischen Weiterentwicklungen bezüglich des religiösen Faktors unser Verständnis über die internationalen Muster öffentlicher Politik tatsächlich verbessern können. Denn bislang, so unser Eindruck, haben sich diese theoretischen Neuerungen nur zögerlich in systematischen empirischen Analysen niedergeschlagen. Gerade in den quantitativen Studien der „klassischen“ Staatstätigkeitsforschung beschränkt sich die Untersuchung des Einflusses von Religion auf ein sehr begrenztes Verständnis von Religion und ihrer Rolle in der Politikgestaltung. Umgekehrt sind die Befunde der „neueren“ Ansätze, welche Religion und deren Wirkungsweisen weitaus differenzierter konzeptualisieren, aufgrund ihrer meist qualitativen bzw. historischen Ausrichtung nur schwer zu generalisieren.

Um die relative Erklärungskraft der klassischen und neueren Ansätze und damit den theoretischen Mehrwert der jüngeren Wohlfahrtsstaatsforschung systematisch evaluieren zu können, konzentrieren wir uns auf einen ganz bestimmten Bereich wohlfahrtsstaatlicher Politik, namentlich die Familienpolitik. Bezüglich der Politikgestaltung im Bereich Kinderbetreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf lassen sich große Disparitäten zwischen den industrialisierten Staaten feststellen, die einer Erklärung bedürfen (Bahle 2003: 391; Esping-Andersen 1999: 67-70). Vor allem aber gibt es gute Gründe anzunehmen, dass es sich dabei um ein wesentlich von religiösen Vorstellungen geprägtes Politikfeld handelt, an welchem sich die Wirkungsweisen der Religion exemplarisch untersuchen lassen (Castles 1993: 20).

Religion und die aus ihr abgeleiteten Vorstellungen können für die Familienpolitik in verschiedener Hinsicht bedeutsam sein. Einerseits geht es um die Frage, wo die Grenze zwischen dem „Privaten“ und dem „Öffentlichen“ gezogen wird, d. h. ob überhaupt und falls ja, wie stark staatliche Intervention im Bereich der Familie erwünscht ist. Andererseits geht es jedoch auch um die Art und Weise staatlicher Intervention, d. h. darum, welche konkreten Familienleitbilder und welches geschlechter-spezifische Rollenverständnis durch staatliche Leistungen gefördert und gefestigt werden soll. Um diesen unterschiedlichen Dimensionen von Familienpolitik gerecht zu werden, wird im Folgenden zwischen der *Stärke staatlicher Intervention* im Bereich Kinderbetreuung und Mutterschaft sowie unterschiedlichen *Betreuungsidealen* unterschieden. Freilich können wir mit unserem Fokus auf den Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Kinderbetreuung nur ein unvollständiges Bild der Familienpolitik eines Landes zeichnen (vgl. Gauthier 2000: 1). Allerdings handelt es sich bei diesen Aspekten um jene familienpolitischen Dimensionen, für die religiöse Werte und Argumente besonders zentral sein dürften.¹

Ganz konkret greifen wir in unserem Beitrag die theoretischen Neuentwicklungen und feingliedrigere Operationalisierung des religiösen Faktors der jüngeren Wohlfahrtsstaatsforschung auf und kontrastieren deren Erklärungskraft mit jenen des

1 Es ist wichtig zu erwähnen, dass der Staat nicht der einzige Anbieter familienpolitischer Leistungen ist. Gerade hinsichtlich der Kinderbetreuung agiert die Zivilgesellschaft (religiöse Organisationen eingeschlossen) oft als Alternative oder Komplement zu staatlichen Einrichtungen (Fix 2001a). In diesem Beitrag legen wir den Fokus jedoch ausschließlich auf staatliche Aktivitäten in diesem Bereich.

klassischen Ansatzes der Staatstätigkeitsforschung in einem systematischen quantitativen Vergleich von 27 OECD-Staaten auf der Basis von bayesianischen Regressionsanalysen. Unser Beitrag liefert somit einen empirischen Test der relativen Erklärungskraft dieser theoretischen Weiterentwicklungen, wobei wir wie folgt vorgehen: Im nächsten Abschnitt diskutieren wir den theoretischen Hintergrund sowie den aktuellen Forschungsstand zum Verhältnis von Religion und öffentlicher Politik im Allgemeinen und der Familienpolitik im Besonderen. Anschließend werden die verwendeten Daten, die Operationalisierung der Variablen und unsere Analysemethoden beschrieben. Danach präsentieren wir die empirischen Befunde, bevor Schlussfolgerungen den Beitrag abrunden.

2. Theoretischer Hintergrund: Religion und Familienpolitik

Die Idee, dass Religion die Ausgestaltung öffentlicher Politik beeinflusst, ist bei Weitem nicht neu (vgl. z. B. Heidenheimer 1983; Kaufmann 1988). Dennoch wurde die Bedeutung des religiösen Faktors zur Erklärung der Politikformulierung oft übersehen. Vor dem Hintergrund zunehmender Modernisierung wurde Religion häufig als Überbleibsel prämoderner Zeiten aufgefasst, welches seinen Einfluss auf die Politik zunehmend verlieren und sich schließlich ganz verflüchtigen wird. Entsprechend wurde der religiöse Faktor in empirischen Analysen entweder ganz vernachlässigt oder neben anderen Aspekten wie Ethnizität oder das historische Erbe unter einen allgemeinen diffusen Kulturbegriff gefasst. Freilich unterscheidet sich die vergleichende *Policy*-Analyse in dieser Hinsicht nicht von anderen politikwissenschaftlichen Forschungsfeldern, in denen Religion ebenfalls keine prominente Rolle unter den erklärenden Variablen einnimmt (siehe Fox 2001, 2008; Gill 2001; Liedhegener 2008).

Allerdings gibt es Ausnahmen von dieser allgemeinen Forschungspraxis, und gerade das in den letzten Jahren wieder erstarkte Interesse an Religion hat auch die vergleichende *Policy*-Forschung nicht unberührt gelassen. Im Folgenden werden deshalb existierende Ansätze diskutiert, welche den religiösen Faktor in der vergleichenden Analyse öffentlicher Politik explizit thematisieren. Dabei lässt sich – sehr vereinfacht gesprochen – ein klassischer Ansatz, der vor allem auf der quantitativ-vergleichenden Staatstätigkeitsforschung gründet, von neueren Forschungssträngen differenzieren, welche stärker historisch und qualitativ orientiert sind. Vor allem aber unterscheiden sich diese Ansätze in der Art und Weise, wie sie Religion konzeptualisieren, welche Dimensionen von Religion sie betonen und damit auch hinsichtlich der von ihnen vorgetragenen theoretischen Argumente zum religiösen Einfluss auf die öffentliche Politikgestaltung. Unser Ziel ist es, die beiden Stränge vorzustellen und in ihrer relativen Erklärungskraft im Bereich der Familienpolitik zu evaluieren.

2.1 Der klassische Ansatz: Christdemokratie und der Einfluss der katholischen Kultur

Der klassische Ansatz zum Zusammenhang von Religion und öffentlicher Politik stellt den Einfluss des Katholizismus auf die Entwicklung und Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates in den Mittelpunkt des analytischen Interesses (Castles 1998, 1994, 1993; Esping-Andersen 1990; Esping-Andersen/Korpi 1984; Schmidt 2000, 1996; van Kersbergen 1995). In dieser Sichtweise haben die Soziallehre der katholischen Kirche und die konservativen Positionen der katholischen bzw. christdemokratischen Parteien in Staaten mit starkem katholischem Erbe einen im Vergleich zu protestantisch geprägten Ländern unterentwickelten – oder zumindest „anderen“ – Wohlfahrtsstaat hervorgebracht.

Am prominentesten findet sich diese Idee in den drei „worlds of welfare“ von Esping-Andersen (1990: 61), der argumentiert, dass sich der spezifische Charakter wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge im konservativen Wohlfahrtsstaatsregime auf die katholische Kirche und ihre korporatistische Einstellung gegenüber Sozialpolitik zurückführen lässt. Unter Rückgriff auf das katholische Prinzip der Subsidiarität – d. h. der Idee, dass die höhere politische Ebene bzw. der Staat nur jene Aufgaben übernehmen soll, zu deren Erledigung die niedrigere Ebene gesellschaftlicher Akteure nicht im Stande ist – favorisiert der Korporatismus soziale Leistungserbringung durch professionelle Verbände und die Familie gegenüber staatlicher Fürsorge. Im Ergebnis haben Staaten mit starken katholischen Parteien oder Interessenverbänden ein spezifisches Wohlfahrtsstaatsmodell entwickelt, welches die Erhaltung von Statusunterschieden durch an soziale Klasse und Status gebundene Rechte sowie den Schutz der traditionellen Familie betont (Esping-Andersen 1990; Esping-Andersen/Korpi 1984; van Kersbergen 1995).

Castles (1998, 1994, 1993) baut auf diesem Ansatz auf, formuliert daraus jedoch ein allgemeineres Argument über den Einfluss des Katholizismus auf die öffentliche Politik und den Wohlfahrtsstaat. Er argumentiert, dass die revolutionären kulturellen Veränderungen, welche mit der großen Spaltung zwischen Katholizismus und Protestantismus verbunden waren, auch heute noch von Bedeutung sind und die öffentliche Politik und ihre Wirkungen in vielen Bereichen immer noch wesentlich prägen. So sei eine spezifische „Catholic family of nations“ entstanden, deren Politik sich entscheidend von anderen westlichen Demokratien unterscheide (Castles 1994: 20). Obwohl der theoretische Fokus hierbei ganz klar auf dem Einfluss religiöser Einstellungen und Werte liegt, können die Mechanismen dieses religiösen Effekts – d. h. über welche Akteure und über welche Kanäle der Katholizismus den politischen Prozess beeinflusst – sehr unterschiedlich ausfallen: Religiöse Werthaltungen können öffentliche Politik über religiöse Parteien, Interessengruppen oder andere wichtige Akteure des politischen Prozesses prägen, aber auch über die öffentliche Meinung und Bürgerpräferenzen einfließen. Neben aktuellen Einflüssen ist der religiöse Effekt außerdem möglicherweise auch historisch vermittelt und findet seinen Ausdruck entsprechend in langfristigen Wirkungen früher getroffener institutioneller Entscheidungen und Arrangements.

Der Einbezug des religiösen Faktors in der spezifischen Erforschung der *Familienpolitik* entspricht weitgehend dem beschriebenen klassischen Ansatz. Das heißt, die

vorherrschende religiöse Kultur und die Stärke religiöser bzw. christdemokratischer Parteien als deren Träger werden als wesentliche Faktoren zur Erklärung familienpolitischer Maßnahmen genutzt. Das Augenmerk wird folglich auf die Unterscheidung zwischen einem „sozialen Katholizismus“ der kontinentalen europäischen Wohlfahrtsstaaten einerseits und den protestantischen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten andererseits gelegt (van Kersbergen/Manow 2009: vii). Während ursprünglich sowohl der Katholizismus als auch der Protestantismus den Schutz der Familie als wichtigste soziale Einheit betonten (Bahle 2003: 392), bestehen dennoch entscheidende Unterschiede zwischen den beiden Kulturtraditionen. So war der Prozess der Säkularisierung in den protestantischen Staaten wesentlich ausgeprägter, und zudem ließ sich die Entwicklung geschlechterspezifischer Rechte lange Zeit – und sogar bevor der Säkularisierungsprozess richtig begann – ausschließlich in protestantischen Gesellschaften beobachten (Castles 1994: 26).

Vor dem Hintergrund der beiden in dieser Untersuchung berücksichtigten Dimensionen familienpolitischer Politik, d. h. die Stärke staatlicher Intervention sowie die unterschiedlichen Betreuungsideale, sind demnach die Differenzen in der Familienpolitik zwischen katholischen und protestantischen Ländern im Wesentlichen hinsichtlich letzterer zu erwarten. Kremer (2006: 262) spricht in diesem Zusammenhang von unterschiedlichen „ideals of care“, welche stark von der vorherrschenden moralischen Diskussion darüber beeinflusst wurden, wie gute Betreuung und Erziehung auszusehen habe. Die katholische Doktrin, zum Beispiel, stellte sich grundsätzlich gegen staatliche Betreuung für abhängige Personen, weil damit der Staat eine zentrale Verantwortlichkeit der Familie übernehmen und letztere damit geschwächt würde. Außerdem wurden Mutterschaft und Kinderbetreuung als die natürliche Berufung von Frauen angesehen (Sjöberg 2004: 109). Auch heute ist der Fokus auf die Familie als heilige und soziale Institution in den religiösen katholischen Ländern stärker ausgeprägt als in den stärker säkularisierten protestantischen Staaten (Shanahan 2005: 90). In diesem Sinne wird Familienpolitik wesentlich durch die „particular conceptions of rights and family roles which are characteristic of societies in which the influence of Catholicism is strong“ (Castles 1994: 21) moderiert.

Im katholischen *general family support model* steht in der Familienpolitik entsprechend die finanzielle Unterstützung der Familie im Vordergrund, welche Mutterschaft fördert und Frauen dazu ermutigt, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben, um sich zuhause um die Familie zu kümmern (vgl. Korpi 2000). Gleichzeitig und damit verbunden sind *Policies* zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere Kinderbetreuungseinrichtungen, gemäß Esping-Andersen in diesen Ländern „conspicuously underdeveloped“ (1990: 27). Diese katholisch-kontinentale Familienpolitik wird oft dem in protestantischen Staaten vorzufindenden *dual earner model* gegenübergestellt, welches sich viel stärker an Geschlechtergleichheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientiert (Sjöberg 2004: 109-110). In diesen Ländern tendieren familienpolitische Maßnahmen dazu, die Verantwortung der Frauen in der Familie zu verringern, v. a. durch das Angebot an externen Kinderbetreuungsangeboten. Insgesamt wird (heutzutage) sowohl nach dem katholischen wie auch nach dem protestantischen Modell staatliche Intervention im Bereich Familienpolitik befürwortet, doch sind Differenzen im konkreten Ausmaß sowie vor allem in der Art und Weise dieser

Leistungen zu erwarten, welche auf variierende Vorstellungen hinsichtlich der Betreuungsideale zurückzuführen sind.

Gemäß der Parteidifferenz-Hypothese (Schmidt 1996) hängt es von der Existenz bzw. der Stärke sozialdemokratischer und religiöser Parteien ab, wie stark diese religiösen Einstellungen die Politikgestaltung beeinflussen. Vor allem christdemokratische Parteien im politischen System reflektieren die Präsenz traditioneller katholischer Werte in der Bevölkerung und prägen damit das Ausmaß an politischem Wettbewerb in der Familienpolitik (Morgan 2009: 63). Während die Abwesenheit religiöser Parteien und eine starke Koalition von sozialdemokratischen Parteien und Agrarparteien in den nordischen Ländern zu einer großzügigen und „frauenfreundlichen“ Familienpolitik geführt hat, haben die dominanten christdemokratischen Parteien mit ihrer Wahrung (katholischer) religiöser Werte eine ähnliche Entwicklung auf dem europäischen Kontinent verhindert (Manow 2004: 110). Vor dem Hintergrund sehr stabiler Werte- und *Policy*-Muster in den industrialisierten Ländern kann vermutet werden, dass starke katholische Parteien immer noch eine Familienpolitik fördern, die auf Subsidiarität basiert und vor allem darauf ausgerichtet ist, die Kernfamilie und Mutterschaft zu schützen. Zusammenfassend sollten Staaten also in Abhängigkeit ihrer dominanten religiösen Kulturtradition – Katholizismus oder Protestantismus – jeweils verschiedenen Elementen von Familienpolitik ungleiches Gewicht beimessen und sich deshalb hinsichtlich ihrer familienpolitischen Maßnahmen unterscheiden (Castles 1993; Daly 1999; Huber et al. 1993).

2.2 Neuere Entwicklungen: Die Differenzierung des religiösen Faktors und die Rolle der zwei Protestantismus-Traditionen

In den letzten Jahren lassen sich in der vergleichenden *Policy*-Forschung zwei wesentliche theoretische Weiterentwicklungen hinsichtlich des Zusammenhangs von Religion und dem Charakter des Wohlfahrtsstaates beobachten. Diese Ansätze bewegen sich weg von der engen Fokussierung auf Katholizismus und christdemokratische Parteien, indem sie den religiösen Faktor nuancierter konzeptualisieren und zugleich neue theoretische Argumente bezüglich des religiösen Einflusses auf die Politikgestaltung präsentieren. Dies schlägt sich auch in der konkreten Operationalisierung von Religion in empirischen Anwendungen nieder. Dabei lässt sich – wiederum vereinfacht gesprochen – eine *institutionalistische Perspektive*, welche auf die formalen Anreizstrukturen religiöser Akteure fokussiert, von einem *kulturalistischen Ansatz* unterscheiden, welcher die Rolle religiöser Werte sowohl hinsichtlich ihrer *Stärke* als auch in ihren spezifischen *Inhalten* genauer in den Blick nimmt.

Zunächst hat Minkenberg (2002, 2003, 2008) kritisiert, dass bisherige Studien, die sich dem Verhältnis von Religion und öffentlicher Politik widmen, die verschiedenen Ausprägungen von Religion nicht angemessen berücksichtigen und deshalb die effektiven Möglichkeiten von religiösen Interessen und die Rolle der Kirchen im politischen Prozess nur unvollständig erfassen. Aus diesem Grund schlägt er eine differenziertere Konzeptualisierung von Religion vor, welche sich nicht nur auf das konfessionelle Erbe und die Bedeutung christlicher Parteien beschränkt. Minkenberg (2008: 361) teilt den religiösen Faktor dabei in vier Komponenten auf: „a historic-cultural dimension, *i.e.*, the role of confessional patterns, and a socio-cultural dimen-

sion of religiosity, as measured in church going rates, further an institutional dimension of patterns of church-state relations, and finally an actor-oriented dimension of religious parties and movements.” Jede dieser Dimensionen ist theoretisch mit der Politikgestaltung eines Landes verbunden. Zusätzlich zum religiös-kulturellen Erbe und den religiösen Parteien, die bereits Teil des oben erläuterten klassischen Ansatzes sind, führt Minkenberg (2008: 362) also zwei neue Elemente ein.

Erstens bildet das *institutionelle Staat-Kirche-Verhältnis* ein wichtiges, bisher jedoch vernachlässigtes Element des religiösen Faktors (Minkenberg 2002, 2003, 2008; vgl. auch Gill 2001). Das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in einem Land bestimmt, inwiefern die Kirchen und religiösen Organisationen als Institutionen des Staates oder aber als mehr oder weniger unabhängige Interessengruppen agieren können. Mit anderen Worten geben Staat-Kirche-Arrangements spezifische formale Anreizstrukturen für religiöse Akteure und deren Interessen vor. Dabei sollten etablierte Staatskirchen Minkenberg zufolge weniger stark ihren traditionellen *Policy*-Positionen verpflichtet sein, da sie eher Kompromisse mit dem Staat akzeptieren müssen, um ihren privilegierten Status zu wahren. Unabhängige Kirchen, auf der anderen Seite, werden in ihrem Handeln nicht durch solche Abwägungen eingeschränkt und dürften deshalb erfolgreicher ihre traditionellen religiösen Interessen vertreten und entsprechend die Politikgestaltung in ihrem Sinne beeinflussen können (Minkenberg 2003: 135-136). Im Ergebnis sollte die öffentliche Politik deshalb in Ländern mit einer klaren Trennung von Kirche und Staat näher bei den vorherrschenden religiösen Interessen sein, als dies in Ländern mit etablierten Staatskirchen der Fall ist.

Neben diesem explizit institutionalistischen Argument erweitert Minkenberg die Debatte um den religiösen Faktor jedoch auch in kulturalistischer Hinsicht. So dürfte – zweitens – das *Ausmaß an Religiosität* die öffentliche Politik eines Staates ganz erheblich beeinflussen, da dieser Indikator den Säkularisierungsgrad und damit die tatsächliche Bedeutung, Verbreitung und Intensität traditioneller religiöser Werte in einer Gesellschaft beschreibt. Außerdem repräsentiert die Religiosität eines Landes das Ausmaß an kultureller Verbundenheit zur etablierten Religion und somit die Legitimität von Kirchen als politische Akteure im Prozess der Politikformulierung. Es ist anzumerken, dass die Religiosität an sich in der Politikwissenschaft natürlich keine neue Variable darstellt. Vielmehr zählt die Religiosität etwa im Bereich des politischen Verhaltens seit langem zu den zentralen Erklärungsfaktoren (Verba et al. 1995). Außerdem ist das Konzept implizit auch den oben diskutierten klassischen Ansätzen inhärent, wobei hohe Religiosität typischerweise als Charakteristik katholischer Länder gesehen wird. Trotzdem kann die Religiosität im Sinne der Stärke religiöser Werte als neue Entwicklung in der vergleichenden *Policy*-Literatur begriffen werden, da dieser Aspekt von Religion erst bei Minkenberg (2002) als explizites und unabhängiges Argument verwendet wird.

Eine weitere theoretische, die Rolle von religiösen Wertvorstellungen für die Ausprägung wohlfahrtsstaatlicher Politik betreffende Neuerung wurde kürzlich von Manow (2002, 2004, 2008; Manow/van Kersbergen 2009) eingeführt. Hier steht jedoch weniger die Intensität als vielmehr die spezifischen Inhalte religiöser Werte im Vordergrund der Argumentation. In seinem historisch-kulturalistisch geprägten Ansatz argumentiert Manow (2002: 208), dass der exklusive Fokus auf den Katholizismus in der traditionellen vergleichenden *Policy*-Forschung inkorrekt ist und insbeson-

dere die wichtige und eigenständige Rolle des Protestantismus für die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates und der öffentlichen Politik übersieht. Um die Bedeutung der Religion für die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung angemessen zu untersuchen, sind die fundamentalen kulturellen Unterschiede *innerhalb* des Protestantismus, und vor allem die Unterscheidung zwischen dem lutherischen und den reformierten Strängen des Protestantismus (wie etwa der Calvinismus), zu berücksichtigen. Damit verbunden sind spezifische historische Erfahrungen während des Prozesses der Staatsbildung wie etwa der Staat-Kirche-Konflikt um die Kompetenzen in zentralen Politikbereichen, welche sich in verschiedenen konfessionellen Staatsvorstellungen und -idealen niedergeschlagen haben (Manow 2002, 2004).

Die lutherische Staatskirche, wie sie typischerweise in den skandinavischen Ländern zu finden ist, hatte keine wesentlichen Vorbehalte gegenüber der dominanten Rolle des Staates im Bereich der sozialen Sicherheit. In dieser Hinsicht ermöglichte der lutherische Protestantismus eine frühe Einführung von staatlicher Sozialpolitik und eine entsprechende Wohlfahrtsstaatsentwicklung. Im Gegensatz dazu standen die reformierten Strömungen des Protestantismus z. B. in den angelsächsischen Ländern und in der Schweiz der Etablierung moderner Sozialpolitik durch den Staat kritisch gegenüber und behinderten die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung (Manow/van Kersbergen 2009: 4). Dieser hemmende Einfluss des reformierten Protestantismus lässt sich durch seine ausgeprägte anti-etatistische Position sowie die starke Betonung von Werten der Selbsthilfe, individuellem Asketismus und persönlicher Autonomie erklären (Manow 2004). Während die beiden Strömungen des Protestantismus natürlich nicht die einzigen wichtigen Faktoren der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung darstellen, wäre es gemäß Manow (2002: 210) doch eine „gravierende analytische Sünde“, diese Differenzierung in empirischen Untersuchungen zu ignorieren. So dürfte ihr Einbezug insbesondere helfen, die analytischen und empirischen Probleme der konventionellen „three worlds of welfare“-Perspektive zu überwinden.

In der Tat hat der verstärkte Fokus auf Themen wie Geschlechtergleichheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung zu einigen Unstimmigkeiten geführt. Dies, weil sich die traditionellen Wohlfahrtsstaatstypologien für die Erklärung der internationalen *Policy*-Muster als unzureichend herausgestellt haben (Bahle 2003: 391; Manow 2004). Auf der einen Seite ist die Kinderbetreuungspolitik in manchen konservativ-kontinentalen Wohlfahrtsstaaten weit weniger „unterentwickelt“, als es die Regimetypologie voraussagen würde (Morgan 2009, 2002). Die Kinderbetreuung in Frankreich und Belgien ist beispielsweise ähnlich stark „ent-familisiert“ wie in Skandinavien, was diese beiden Länder zu katholisch-konservativen Ausreißern macht (Manow 2004). Im Gegensatz dazu haben die Niederlande, die gemäß ihrer generellen kulturellen Prinzipien zu den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten gezählt werden können, bis in die 1980er Jahre eine Politik verfolgt, welche auf die Bewahrung des traditionellen *single breadwinner model* ausgerichtet war (Pfau-Effinger 2000: 31-32).

Die in neueren Ansätzen differenzierter erfolgende Konzeptualisierung des religiösen Einflusses hilft, diese scheinbaren Abweichungen besser zu verstehen. So haben Morgan (2009, 2006, 2002) und Fix (2001a, 2001b) aufgezeigt, dass sich die außergewöhnlich starke Rolle des Staates in der Kinderbetreuung in den konservativen Wohlfahrtsstaaten von Frankreich, Belgien und Italien sowie das im Vergleich zu

Österreich relativ große Kinderbetreuungsangebot in Deutschland mit dem jeweiligen Staat-Kirche-Verhältnis und damit institutionalistisch erklären lässt. In diesen Ländern hat der starke Wettbewerb zwischen Kirche und Staat zu einer Ausweitung öffentlich finanzierter Kinderbetreuungsmaßnahmen geführt – gewissermaßen als Antwort des Staates auf die in diesem Bereich starke Position religiöser Organisationen.

Weiterhin bestätigt Morgan (2009: 83) in Übereinstimmung mit Minkenberg (2002), dass das Ausmaß an Religiosität und damit die Stärke religiöser Werte in einer Gesellschaft ein wichtiger Prädiktor familienpolitischer Politikgestaltung sein kann. Sie macht geltend, dass nach wie vor substantielle internationale Unterschiede bei der Religiosität bestehen, obwohl eine generelle Abnahme religiöser Werte zu beobachten ist. Diese Differenzen sind in erster Linie mit Themen wie die Rolle der Familie und der Frauen in der Gesellschaft verbunden und beeinflussen deshalb die Familienpolitik besonders im Hinblick auf die zweite Dimension der Betreuungsideale. Je stärker religiöse Werte in einem Land vorhanden sind, desto geringere staatliche Investitionen – v. a. zur Förderung von Vereinbarkeit von Familien und Beruf – können erwartet werden. Zudem mögen ausgeprägte religiöse Werte auch mit einer starken religiösen Zivilgesellschaft einhergehen (Traummüller 2009). Wenn wohlfahrtsstaatliche Leistungen und zivilgesellschaftliche Angebote in einem negativen Verhältnis stehen (z. B. Dahlberg 2005), kann eine traditionell starke religiöse Zivilgesellschaft ihre eigenen sozialen Leistungen im Bereich Familienpolitik zur Verfügung stellen und deshalb mit einem relativ schwachen staatlichen Engagement einhergehen.

Schließlich können im Anschluss an die obige Diskussion wesentliche kulturelle Unterschiede zwischen lutherischen und reformiert-protestantischen Ländern erwartet werden. Die lutherische Glaubenslehre fordert, dass sich säkulare und kirchliche Autoritäten um Bürgerinnen und Bürger in Not kümmern müssen. Diese Idee eines aktiven Staates beeinflusste die Wohlfahrtsstaatsentwicklung in diesen Nationen wesentlich. Die Sozialpolitik wurde säkularisiert und zentralisiert, ohne gegen Widerstand durch die Kirche kämpfen zu müssen (Bahle 2003: 397; Kahl 2005: 105-106). Im Gegensatz dazu enthält die reformierte (calvinistische) Doktrin eine anti-staatliche Position, die jener des Katholizismus sehr ähnlich ist. Das calvinistische Prinzip der Vorbestimmtheit impliziert, dass öffentliche Unterstützung auf ein Minimum reduziert bleibt, um die unteren Klassen arm und die Arbeitsanreize hoch zu halten. Als Folge blieben in den reformierten Ländern private und kirchliche Institutionen die wichtigsten Akteure im Bereich der Sozialpolitik im Allgemeinen und der Familienpolitik im Besonderen (Kahl 2005: 107). In Bezug auf die Familienpolitik ist deshalb eine erhebliche Varianz *innerhalb* der protestantischen Länder zu erwarten – umso mehr, als die originären Muster in der Familienpolitik auch im Zeitalter des sozialen Wandels und der fortschreitenden Säkularisierung bis heute überdauert haben (Morgan 2009: 83). Während angenommen werden kann, dass in lutherisch geprägten Ländern generell großes Gewicht auf Familienpolitik gelegt und dabei insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf betont wird, sollten generell niedrige staatliche Investitionen im Bereich Familienpolitik die geringe wohlfahrtsstaatliche Bedeutung des Staates in reformiert-protestantischen Nationen widerspiegeln.

In Tabelle 1 sind die aus der theoretischen Diskussion abgeleiteten und im Folgenden empirisch zu überprüfenden Hypothesen noch einmal zusammenfassend dargestellt. Bisher sind quantitativ-vergleichende Studien im Wesentlichen dem klas-

sischen Ansatz gefolgt, indem sie den religiösen Einfluss auf die öffentliche Politik durch die Stärke katholischer Parteien und/oder den Katholikenanteil in der Bevölkerung zu operationalisieren versucht haben (z. B. Castles 1998, 1994, 1993; Fink 2008; Huber et al. 1993; Schmidt 2000, 1996; Wilensky 2002, 1981). Während diese traditionellen religiösen Variablen somit in einigen vergleichenden Studien überprüft und auch oft als erklärungskräftig für die öffentliche Politik beschrieben worden sind, ist dies in Bezug auf die neu in den Vordergrund gerückten Dimensionen des religiösen Faktors wie die Religiosität, das Staat-Kirche-Verhältnis und die beiden Protestantismus-Strömungen weit seltener geschehen. Obwohl es einige historisch-vergleichende und qualitativ orientierte Analysen gibt, welche diese Aspekte des religiösen Faktors für eine kleine Zahl ausgewählter Fälle untersuchen (z. B. Emmenegger 2008; Fix 2001a; Manow/van Kersbergen 2009; Minkenberg 2008, 2003, 2002), sind systematische quantitativ-vergleichende Überprüfungen, welche sich über ein größeres Ländersample generalisieren lassen, rar (siehe allerdings Manow 2002 und zum Teil auch Morgan 2006). Unser Ziel ist es deshalb, den klassischen Ansatz und die neueren Entwicklungen auf ihre relative Erklärungskraft im Bereich der Familienpolitik zu testen.

Tabelle 1: Die Hypothesen der klassischen und neueren Ansätze im Überblick

	<i>Mutterschaftsbezogene Ausgaben</i>	<i>Öffentliche Kinderbetreuung</i>
<i>Klassischer Ansatz</i>		
Katholische Kulturtradition	+/-	-
Starke christdemokratische Parteien	+/-	-
<i>Neuere Ansätze</i>		
Enge Staat-Kirche-Beziehung	+	+
Religiosität der Bevölkerung	-	-
Lutherischer Protestantismus	+	+
Reformierter Protestantismus	-	-

Quelle: Eigene Darstellung

3. Daten und Methode

Im Folgenden werden die vorgestellten Hypothesen in einem makro-quantitativen Vergleich von 27 OECD-Staaten überprüft. Vor dem Hintergrund der theoretischen Diskussion liegt der Fokus klar auf dem Vergleich christlich geprägter Staaten. Es ist im Rahmen dieses Beitrags weder theoretisch noch empirisch möglich, weiter zwischen verschiedenen nicht-christlichen Religionen zu unterscheiden. Das *Ländersample* besteht entsprechend aus folgenden Staaten: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Irland, Italien, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Slowakei, Spanien, Schweden, Schweiz, Tschechische Republik, Ungarn sowie den USA.

Für die *abhängige Variable*, Familienpolitik, konstruieren wir zwei Indikatoren basierend auf der OECD *Social Expenditure Database* (SOCX). In der empirischen Literatur sind die Sozialausgaben in Prozent des BIP die am häufigsten verwendete Variable zur Messung des wohlfahrtsstaatlichen Aufwands von Staaten. Während solche ausgabenbasierten Indikatoren oft dafür kritisiert werden, dass sie die Mehrdimensionalität des Wohlfahrtsstaates vernachlässigen und implizit suggerieren, dass alle Ausgaben gleich wichtig und nützlich sind (Esping-Andersen 1990: 19), folgen wir Castles (2008: 60), der kürzlich gezeigt hat, dass ein disaggregierter Ausgabenansatz sehr hilfreich ist, um nicht nur „the variety of what welfare states do, but also the determinants and the outcomes of such interventions“ abzubilden. Zudem deckt sich dieser Ansatz gut mit dem Fokus dieses Beitrags, der klar die Rolle und die Investitionen des Staates im Bereich der Familienpolitik ins Zentrum stellt (vgl. auch Fußnote 1).

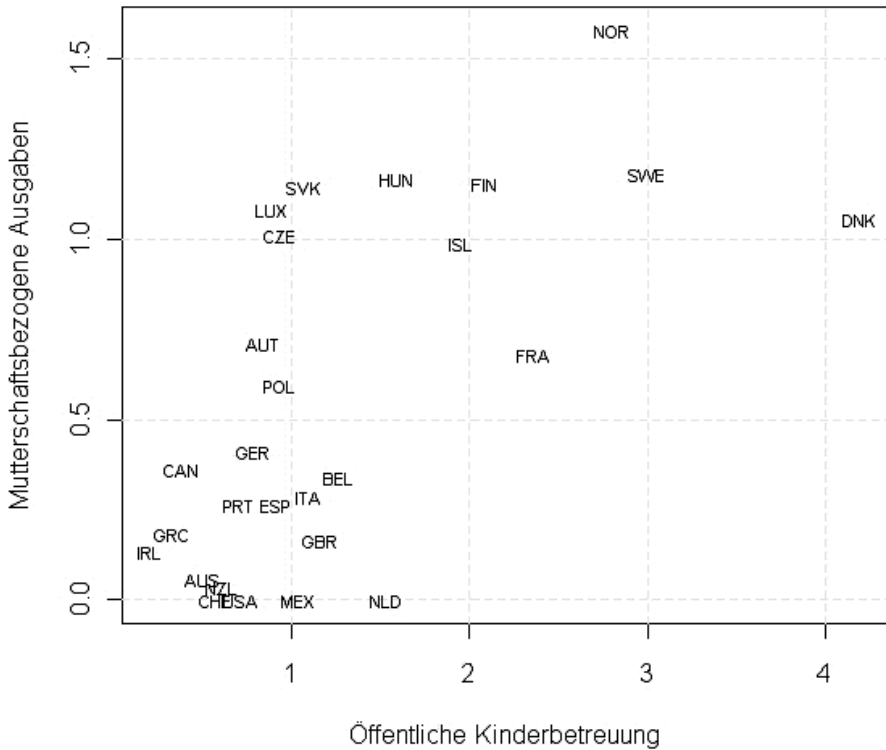
Für die Variable *Mutterschaft* summieren wir deshalb öffentliche mutterschaftsbezogene Geldleistungen in Prozent des BIP (Mittelwert 1999-2003, Kategorien 10.5.1.2.0.X). Analog dazu enthält die Variable *Kinderbetreuung* öffentliche Leistungen („*benefits in kind*“) in den Bereichen externe Kinderbetreuung und Vorschulbildung in Prozent des BIP (Mittelwert 1999-2003, Kategorien 10.5.2.1.X, inkl. andere Leistungen, die explizit mit externer Kinderbetreuung verbunden sind). Diese beiden Variablen berücksichtigen somit die unterschiedlichen Aspekte von Familienpolitik im Bereich der Kinderbetreuung bzw. der Vereinbarkeit von Familien und Beruf. Bei beiden bilden Familien mit Kindern die Zielgruppe, aber sie verfolgen unterschiedliche Ziele: Öffentliche Ausgaben im Bereich Kinderbetreuung und Vorschulbildung, auf der einen Seite, sind ein zentrales Element einer auf Geschlechtergleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichteten Familienpolitik, da sie den Betreuungsaufwand der Eltern in der Familie verringern (Sjöberg 2004: 109-110). Dieser Indikator bildet somit unterschiedliche Betreuungsideale ab. Hohe Leistungen für Mutterschaft, auf der anderen Seite, *können* ebenfalls mit der gleichen Zielsetzung verbunden sein. In einigen Ländern wie etwa Schweden oder Dänemark existieren beispielsweise Elternurlaube, die es einem der beiden Elternteile erlauben, für eine bestimmte Zeit Betreuungsurlaub zu nehmen und dabei einen wesentlichen Anteil ihres Gehalts weiter zu beziehen. In diesem Fall sind mutterschaftsbezogene Ausgaben vor allem deshalb beträchtlich, weil die finanziellen Leistungen während der Abwesenheit vom Arbeitsplatz hoch sind. Diese werden jedoch möglicherweise nur für eine relativ kurze Zeit bezahlt, um Frauen nicht zu ermutigen, zu lange vom Ar-

beitsmarkt fernzubleiben (Henderson/White 2004: 507). Hohe mutterschaftsbezogene Ausgaben können jedoch auch bei sehr langen, jedoch schlecht bezahlten Mutterschaftsurlauben resultieren, wie dies etwa in Österreich und Deutschland der Fall ist. Dieser Typ von Urlaub generiert ganz andere Anreize bezüglich der Art und Weise, wie Kinderbetreuung organisiert wird. Er kann vielmehr als eine modernisierte Form des traditionellen *male breadwinner model* gesehen werden, stellt dieses jedoch nicht grundsätzlich in Frage (Morgan 2009: 83; Gottfried/O'Reilly 2002). Gleichzeitig sind hohe Ausgaben in diesem Fall immer noch ein Zeichen dafür, dass der Staat grundsätzlich Verantwortung im Bereich Familienpolitik unterstützt und dabei vor allem Mutterschaft und die Familie finanziell unterstützt. Zusammenfassend können mutterschaftsbezogene Leistungen also als Indikator für die Rolle des Staates im Bereich von Kinderbetreuung und Mutterschaft gesehen werden, d. h. sie beschreiben, wo die Grenze zwischen dem „Privaten“ und dem „Öffentlichen“ gezogen wird, während die Variable öffentliche Kinderbetreuung zusätzlich die unterschiedlichen Betreuungsideale abbildet. Die Abbildung 1 gibt einen Überblick über diese familienpolitischen Ausgaben in 27 OECD-Staaten.

Für die zentrale *unabhängige Variable*, Religion, stützen wir uns auf vier verschiedene Messgrößen. In Anlehnung an den klassischen Ansatz berücksichtigen wir zunächst die *Stärke religiöser Parteien*. Dabei handelt es sich in Übereinstimmung mit der theoretischen Perspektive des Machtressourcen-Ansatzes sowie der eng damit verbundenen Parteidifferenz-Hypothese um die populärste religiöse Variable in der vergleichenden *Policy-Forschung* (z. B. Esping-Andersen 1990; Fink 2008; Huber et al. 1993; Schmidt 1996). Außerdem integrieren wir eine *Dummy-Variable für katholisch dominierte Länder* (Fox 2008) und damit eine diffusere Operationalisierung des religiösen Faktors. Obwohl religiöse Werte tatsächlich vermittelt über christliche Parteien Einfluss ausüben dürften, können sie möglicherweise in Staaten ohne solche Parteien über andere Kanäle ähnlich stark auf die Politikgestaltung einwirken (Castles 1994: 24).

Um die theoretischen Weiterentwicklungen zu berücksichtigen, werden außerdem die folgenden Variablen verwendet: Für die *Staat-Kirche-Beziehung* ziehen wir den von Fox (2008) konstruierten „Religious Legislation Index“ heran, der erfasst, inwieweit ein Staat organisierte Religion rechtlich und materiell unterstützt. Außerdem konstruieren wir eine differenzierte Größe der *dominanten Konfession*, welche zwischen katholischen, lutherischen, anderen protestantischen und gemischt-christlichen Staaten unterscheidet. Als Referenzkategorie dienen dabei in diesen Modellen die anderen protestantischen Länder. Schließlich wird die *Religiosität* eines Staates durch den Bevölkerungsanteil operationalisiert, der mindestens einmal pro Woche den Gottesdienst besucht (basierend auf den Daten des *World Values Surveys*, integrierter Datensatz der vier ersten Wellen [1999-2001]).

Abbildung 1: Familienpolitik in den OECD-Staaten



Anmerkung: Öffentliche Ausgaben im entsprechenden Bereich in Prozent des BIP; Mittelwert 1999-2003.

Quelle: Social Expenditure Database (SOCX)

Außerdem werden folgende Kontrollvariablen in die Analyse integriert: BIP, Frauenerwerbstätigkeit sowie die Stärke linker Parteien. Diese Faktoren, welche das Niveau sozio-ökonomischer Entwicklung und Modernisierung sowie die vorherrschenden egalitären/konservativen Werte in einem Land repräsentieren, haben sich in früheren Studien als wichtig für die Erklärung (gleichstellungs- bzw. familienbezogener) öffentlicher Politik erwiesen (z. B. Stadelmann-Steffen 2008). Während eine langsam wachsende Ökonomie es schwieriger macht, öffentliche Investitionen in die Familienpolitik zu leiten (Morgan 2009: 83), wird angenommen, dass linke Parteien mit höheren Ausgaben für Kinderbetreuung und Mutterschaft verbunden sein sollten (Henderson/White 2004: 507). Schließlich dürfte eine höhere Frauenerwerbsquote mit ebensolchen familienpolitischen Ausgaben einhergehen – nicht nur, weil eine ausgeprägte Frauenerwerbstätigkeit typischerweise höhere staatliche Investitionen gerade bei der Kinderbetreuung nötig macht, sondern auch, weil diese Variable etwas genereller als Indikator für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung

eines Landes betrachtet werden kann. Wir messen die unabhängigen Variablen vor dem Jahr 2000, um sicherzustellen, dass die potentielle Ursache dem möglichen Effekt vorausgeht. Weitere Informationen zu den Variablen, Operationalisierungen und Quellen sowie die deskriptiven Statistiken finden sich im Anhang.

Methodisch stützten wir uns auf einen *bayesianischen Regressionsansatz*, welcher den typischen Gegebenheiten und Anforderungen der vergleichenden Politikwissenschaft angemessener ist als herkömmliche Verfahren statistischer Inferenz (Gill 2008; Jackman 2009; Western/Jackman 1994). Zum einen handelt es sich bei unserer Länderauswahl nicht um eine Zufallsstichprobe, sondern um die gesamte uns interessierende Population. Diese nicht-stochastische Natur unserer Daten bedeutet, dass so zentrale Konzepte wie Standardfehler oder statistische Signifikanz, welche von wiederholbaren Stichproben ausgehen, keine logisch-sinnvolle Interpretation besitzen. Zum anderen führt die für die vergleichende Politikwissenschaft typische kleine Fallzahl dazu, dass die asymptotischen Annahmen herkömmlicher statistischer Inferenz – auf welchen wiederum so wichtige Eigenschaften wie die Unverzerrtheit von Schätzungen beruhen – schlicht nicht plausibel sind. Bayesianische Inferenz ist demgegenüber ein allgemeiner Ansatz, durch welchen *A-priori*-Verteilungsannahmen über die interessierenden Parameter mit dem gegebenen Datenmaterial aktualisiert werden, um zu informierten Wahrscheinlichkeitsaussagen zu gelangen – ohne dabei Voraussetzungen über die Art der Datengenerierung oder die Mindestfallzahl erfüllen zu müssen, die in der vergleichenden Politikwissenschaft in der Regel nicht zu erfüllen sind.

Um eine einfache Interpretation der bayesianischen Ergebnisse zu ermöglichen, werden der Mittelwert und die Standardabweichung der *Posterior*-Verteilung präsentiert, welche analog zur normalen Regressionssituation zu verstehen sind: Der Mittelwert steht für den mittleren Effekt einer unabhängigen Variable auf die zu erklärende Größe, und die Standardabweichung vermittelt die statistische Verlässlichkeit des geschätzten Werts. Außerdem werden die 80-Prozent *credible intervals* dargelegt und graphisch dargestellt, welche den Konfidenzintervallen im Standard-Regressionkontext entsprechen – mit dem entscheidenden Unterschied, dass sie sich intuitiv interpretieren lassen (Jackman 2009).

4. Empirische Ergebnisse

Wir untersuchen nun den Zusammenhang zwischen den religiösen Indikatoren und den öffentlichen Ausgaben im Bereich der Familienpolitik, wobei zwischen der Stärke staatlicher Intervention im Bereich Mutterschaft (*Mutterschaft*) sowie Ausgaben zur Vereinbarkeit von Familien und Beruf (*Kinderbetreuung*) unterschieden wird. Die Analyse wird in zwei Schritten durchgeführt. Zunächst wird ein Modell in Anlehnung an den klassischen Ansatz der Staatstätigkeitsforschung mit einer *Dummy*-Variable für katholische Länder sowie der Stärke religiöser Parteien geschätzt. Außerdem werden auch die Kontrollvariablen BIP, linke Parteien und die Frauenerwerbsquote in das Modell eingebunden (siehe Tabelle 2). In einem zweiten Analyseschritt werden zusätzlich die neueren Entwicklungen in die Untersuchung integriert, d. h. die erweiterte konfessionelle Kategorisierung, die Staat-Kirche-Beziehung sowie die Religiosität der Bevölkerung, um ihre relative Erklärungskraft zu testen und zu überprüfen, in-

wieweit die neueren Argumente zu einem besseren Verständnis der Familienpolitik beitragen (siehe Tabelle 3).²

Die Modelle 1a und 1b bilden die Schätzergebnisse für das klassische Modell zur Erklärung der kinderbetreuungs- bzw. mutterschaftsbezogenen öffentlichen Ausgaben ab (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Religion und familienpolitische öffentliche Ausgaben – der klassische Ansatz

Modell 1a:		
Kinderbetreuung	Mittelwert	SA
Katholisch	0.47	0.59
Religiöse Parteien	-0.01	0.02
Linke Parteien	0.02	0.01
Frauerwerbstätigkeit	0.05	0.03
BIP	0.01	0.03
Konstante	-2.77	1.97
DIC	76.2	
N	27	

Modell 1b:		
Mutterschaft	Mittelwert	SA
Katholisch	0.44	0.33
Religiöse Parteien	0.00	0.01
Linke Parteien	0.01	0.01
Frauerwerbstätigkeit	0.03	0.02
BIP	-0.01	0.02
Konstante	-1.65	1.10
DIC	45.1	
N	27	

Anmerkung: Bayesianische Lineare Modelle, geschätzt in R und *WinBugs*. 5000 Iterationen, *burn-in* 1000, leicht informative normale *Priors* (Mittelwert = 0, Standardabweichung 1e⁴), Startwerte zufällig aus der Uniformverteilung gezogen (Intervall 0-1). Graphiken: Marginale Effekte einer 10-Prozent-Veränderung in der unabhängigen Variable bzw. bei *Dummy*-Variablen von 0 auf 1 oder beim BIP um 10.000 Dollar. Lesebeispiel: Eine Veränderung von 10 Prozentpunkten in der Frauerwerbsrate ist mit einer Erhöhung der kinderbetreuungsbezogenen Ausgaben von rund 0.5 Prozentpunkten verbunden.

Quelle: Eigene Berechnungen

2 In den präsentierten Modellen sind keine Anzeichen von Nicht-Konvergenz zu beobachten. Außerdem sind die Schätzungen nicht sensitiv auf leicht andere *Prior*-Spezifikationen (geringere *A-priori*-Standardabweichungen und Mittelwerte größer/kleiner Null).

Die Erklärungskraft der religiösen Variablen ist dabei sehr beschränkt. Wir können von einem moderat positiven Koeffizienten für katholische Länder auf die mutterschaftsbezogenen Ausgaben berichten – wobei das Kreditintervall die Null knapp nicht enthält –, was in der Tat im Widerspruch zur traditionellen Hypothese einer hemmenden katholischen Kultur steht.³

Die stärkste Variable in den Modellen ist die Frauenerwerbstätigkeit, welche als Indikator für die gesellschaftliche und ökonomische Modernisierung und deshalb für die Nachfrage nach öffentlicher Familienpolitik betrachtet werden kann. Im Durchschnitt ist eine Veränderung in der Frauenerwerbsrate von zehn Prozentpunkten mit einer Zunahme von 0.5 Prozentpunkten in den Kinderbetreuungsausgaben und von 0.3 Prozentpunkten in den mutterschaftsbezogenen Ausgaben verbunden. Während starke linke Parteien außerdem ebenfalls mit höheren Kinderbetreuungsausgaben einhergehen, stehen sie in keinem Zusammenhang mit öffentlichen Ausgaben für Mutterschaft. Demgegenüber beeinflusst die ökonomische Entwicklung, gemessen am BIP pro Kopf, die öffentlichen Investitionen in die Familienpolitik nicht. Insgesamt produziert dieses erste Modell inkonsistente religiöse – oder eigentlich katholische – Effekte und kann nur beschränkt zur Erklärung der internationalen Varianz in familienpolitischen Ausgaben beitragen.

Wie die Tabelle 3 deutlich macht, verbessert eine differenziertere Modellierung von Religion das Modell wesentlich. Das *deviance information criterion* (DIC) wird durch den Einbezug der erweiterten konfessionellen Kategorisierung und die Religiosität substantiell kleiner (von 76.2 auf 62.8 und von 45.1 auf 35.5), was für eine weit bessere Erklärungskraft des Modells spricht. Außerdem erhalten wir ein klareres und detaillierteres Bild über den Zusammenhang von religiösen Mustern und der Ausprägung der Familienpolitik:

Zunächst steht eine hohe Religiosität in Zusammenhang mit geringeren öffentlichen Ausgaben sowohl in Bezug auf Kinderbetreuung als auch hinsichtlich Mutterschaft. In beiden Modellen enthält das *credible interval* für diese Variable die Null nicht. Zusätzliche zehn Prozentpunkte in der Religiosität gehen dabei – unter Konstanzhaltung aller anderen Faktoren – mit einer Abnahme der öffentlichen Ausgaben von rund 0.2 Prozentpunkten (sowohl für Mutterschaft wie auch für Kinderbetreuung) einher. Dieser scheinbar kleine Effekt darf nicht unterschätzt werden, variiert doch der Anteil an Kirchgängern unter den 27 OECD-Staaten zwischen drei und 65 Prozent.

Zudem verbessert die erweiterte denominationelle Kategorisierung unser Verständnis des religiösen Faktors in der Familienpolitik. In Übereinstimmung mit den Hypothesen gibt es innerhalb der protestantischen Länder wesentliche familienpolitische Unterschiede.⁴ Lutherische Staaten weisen klar höhere staatliche Ausgaben auf

3 Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn anstatt einer *Dummy*-Variablen für katholische Länder der Bevölkerungsanteil der Katholiken in einem Land verwendet wird.

4 Es gilt anzumerken, dass in den Modellen 2a und 2b die Referenzkategorie nicht die gleiche ist wie in den Modellen 1a und 1b. Während in den ersten Modellen alle protestantischen Länder die Referenzkategorie bildeten, beinhaltet diese jetzt nur noch andere (reformiert) protestantische Länder.

als andere protestantische Länder, und dies gilt sowohl für den Bereich Kinderbetreuung als auch für die Mutterschaft. Dieser Effekt ist von beachtlicher Stärke: Mutterschaftsbezogene Ausgaben in Prozent des BIP sind in lutherischen Ländern, *ceteris paribus*, um 0.9 Prozentpunkte höher als in den anderen protestantischen Staaten. Es sei dabei daran erinnert, dass in der OECD maximal 1.7 Prozent des BIP für diese familienpolitischen Maßnahmen ausgegeben werden. Kinderbetreuungsausgaben fallen in dieser Ländergruppe um 1.7 Prozentpunkte höher aus, wobei diesbezüglich das Maximum in den untersuchten Staaten 4.2 Prozent des BIP beträgt. Damit bestätigt sich die theoretische Annahme, dass die Rolle des Staates im Bereich Familienpolitik, insbesondere bei der Grenzziehung zwischen Privatem und Öffentlichem, innerhalb der protestantischen Strömungen klar variiert.

Tabelle 3: Religion und familienpolitische öffentliche Ausgaben – neuere Ansätze

<i>Modell 2a: Kinder- betreuung</i>	<i>Mittelwert</i>	<i>SA</i>	
Staat-Kirche- Beziehung	-0.03	0.07	
Katholisch	0.36	0.61	
Lutherisch	1.73	0.60	
Gemischt- christlich	-0.25	0.54	
Religiosität	-0.02	0.01	
Religiöse Parteien	0.00	0.01	
Linke Parteien	-0.01	0.01	
Frauener- werbstätigkeit BIP	0.00	0.02	
BIP	-0.01	0.03	
Konstante	1.82	1.90	
DIC		62.8	
N		27	

Model 2b:			
Mutterschaft	Mittelwert	SA	
Staat-Kirche- Beziehung	-0.01	0.04	
Katholisch	0.60	0.37	
Lutherisch	0.91	0.36	
Gemischt- christl.	0.07	0.32	
Religiosität	-0.02	0.01	
Religiöse Parteien	0.00	0.01	
Linke Parteien	-0.01	0.01	
Frauener- werbstätigkeit	0.01	0.02	
BIP	-0.01	0.02	
Konstante	0.61	1.14	
<i>DIC</i>		35.5	
<i>N</i>		27	

Anmerkung: Bayesianische Lineare Modelle, geschätzt in R und *WinBugs*. 5000 Iterationen, *burn-in* 1000, leicht informative normale *Priors* (Mittelwert = 0, Standardabweichung 10,000), Startwerte zufällig aus der Uniformverteilung gezogen (Intervall 0-1). Graphiken: Marginale Effekte einer 10-Prozent-Veränderung in der unabhängigen Variable bzw. bei *Dummy*-Variablen von 0 auf 1, beim Staat-Kirche-Verhältnis um einen Indexpunkt und beim BIP um 10.000 Dollar.

Quelle: Eigene Berechnungen

Während sich katholische Länder außerdem hinsichtlich der Kinderbetreuungsausgaben nicht systematisch von reformiert-protestantischen Ländern unterscheiden, weisen sie höhere mutterschaftsbezogene Investitionen auf als die protestantische Gruppe. Damit bestätigt sich die Hypothese, wonach die reformierte protestantische Doktrin eine anti-etatistische Position enthält, die der katholischen ähnlich ist (Kahl 2005: 107). Allerdings gilt es zu differenzieren: Während die geringen familienpolitischen Ausgaben der reformiert-protestantischen Staaten in erster Linie darauf zurückzuführen sind, dass staatlichen Interventionen in der Familienpolitik generell kritisch begegnet wird, hängt die Befürwortung staatlicher Leistungen in katholischen Ländern stärker davon ab, welches Familienmodell damit gefördert wird. Entsprechend unterstützen die unterschiedlichen Ergebnisse für die beiden Dimensionen von Familienpolitik, dass eine katholische Kultur heutzutage nicht grundsätzlich mit einem geringeren Niveau an familienpolitischen Ausgaben einhergeht. Vielmehr spiegelt sich in den staatlichen Ausgaben das katholische Betreuungsideal wider, welches durch den Fokus auf Maßnahmen charakterisiert ist, die Mutterschaft und damit die Familie stärken wollen, während der Vereinbarkeit von Familien und Beruf

weniger Gewicht zugesprochen wird. Die angemessenere Differenzierung der konfessionellen Muster und der Einbezug der Soziallehre der unterschiedlichen Denominationen klärt damit die zunächst erstaunlichen Ergebnisse aus dem klassischen Mutterschaftsmodell (Modell 1b), welches einen positiven Koeffizienten für katholische Länder produzierte: Während reformiert-protestantische Länder deutlich weniger staatliche Investitionen aufweisen als lutherische Staaten, haben die katholisch geprägten Gesellschaften eine Mitteposition inne, indem sie relativ höhere staatliche Ausgaben ermöglichen, *falls* diese die Kernfunktion der Familien und also vor allem mutterschaftsbezogene Themen unterstützen. Schließlich unterscheiden sich gemischt-christliche Länder nicht wesentlich von den reformiert-protestantischen Staaten hinsichtlich ihrer familienpolitischen Ausgaben.

Kein Einfluss lässt sich demgegenüber für das institutionelle Verhältnis zwischen Staat und Kirche feststellen. Sowohl in Bezug auf die mutterschaftsbezogenen Ausgaben als auch hinsichtlich der staatlichen Investitionen in die Kinderbetreuung enthält das *credible interval* jeweils die Null. Dies ist ein Hinweis darauf, dass die entscheidenden konfessionellen Unterschiede im Bereich der allgemeinen Wertvorstellung liegen und weniger auf die vorherrschenden politisch-institutionellen Arrangements zurückzuführen sind.

Alle *credible intervals* für die Kontrollvariablen hingegen enthalten die Null, was bedeutet, dass diese Faktoren keine wesentliche Rolle für die Erklärung familienpolitischer Ausgaben spielen, sobald wir den religiösen Faktor differenziert modellieren. Bemerkenswert ist hierbei insbesondere das Verschwinden des Effekts der Frauenerwerbstätigkeitsquote, welche in den klassischen Modellen noch die entscheidende Größe dargestellt hat. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Frauenerwerbsbeteiligung vor allem in den lutherischen Staaten Skandinaviens besonders hoch ausfällt.

5. Schlussfolgerungen

Das wiedererstarke Interesse an der Religion bzw. ihrer Rolle in der Politik hat nicht zuletzt zu theoretischen Neuentwicklungen des religiösen Faktors in der vergleichenden *Policy*-Forschung geführt. Das Ziel dieses Beitrags war es, die relative Erklärungskraft dieser neueren Ansätze in einem makro-quantitativen Vergleich von 27 OECD-Staaten zu testen und zu eruieren, inwiefern diese umfassendere Betrachtung des religiösen Faktors das Verständnis der familienpolitischen Länderunterschiede verbessert. Zu diesem Zweck wurde der klassische quantitative Zugang zu Religion und öffentlicher Politik um die Religiosität, das Staat-Kirche-Verhältnis sowie die Unterscheidung zweier Strömungen des Protestantismus erweitert.

Unsere Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die neuen theoretischen Entwicklungen das Verständnis über die Rolle der Religion in der öffentlichen Politikgestaltung in der Tat bereichern. Indem über die traditionelle Dichotomie zwischen Katholizismus und Protestantismus hinausgegangen und präziser zwischen verschiedenen Versionen des Protestantismus unterschieden wird, konnte die Erklärungskraft der empirischen Modelle deutlich verbessert werden. Von Bedeutung ist hier insbesondere die Einsicht, dass die Wohlfahrtsstaatsentwicklung in den lutherischen Staaten im

Gegensatz zu praktisch allen anderen Ländern nicht durch die Kirche behindert wurde, sondern der Staat früh die sozialpolitische Verantwortung übernehmen konnte. Entsprechend weisen die lutherischen Staaten die höchsten Ausgaben für Familienpolitik im OECD-Vergleich auf – und dies sowohl im Bereich der öffentlichen Kinderbetreuung als auch hinsichtlich mutterschaftsbezogener Investitionen. Im Gegensatz dazu und anders als die klassischen Ansätze implizieren, ist der reformierte Protestantismus von einer starken anti-etatistischen Position gekennzeichnet, welche ihre Spuren in der aktuellen Familienpolitik hinterlassen hat: Ausgaben für Familienpolitik sind in diesen Ländern substantiell geringer als in der lutherischen Ländergruppe – vor allem aber nicht höher als in katholischen Staaten. Unsere Ergebnisse illustrieren deshalb, wie wichtig es ist, in der *Policy*-Forschung über die Dichotomie zwischen Katholizismus und Protestantismus hinauszugehen und die unterschiedlichen Arten der protestantischen Glaubenslehre zu unterscheiden.

In der Tat nehmen die katholischen Länder eine Mittelposition zwischen den beiden protestantischen Staatengruppen ein. Während der Zuspruch für sozialstaatliche Verantwortung generell beschränkt ist, spiegelt sich die hohe Bedeutung der Familie und ihrer ökonomischen Unterstützung in relativ hohen mutterschaftsbezogenen Staatsausgaben wider. Dieser Befund zeugt auch von der Wichtigkeit, zwischen unterschiedlichen Aspekten familienpolitischer Intervention und deren variierenden Beziehungen zur religiösen Kultur zu unterscheiden. Staatliche Ausgaben im Bereich Mutterschaft und Kinderbetreuung können unterschiedlichen Betreuungsidealen, d. h. der vorherrschenden moralischen Diskussion darüber, wie gute Betreuung und Erziehung aussehen soll, zugewiesen werden. Unsere Befunde unterstützen die Argumentation, wonach katholische Länder nach wie vor die Familie als zentrale Institution für Mutterschaft und Kinderbetreuung fördern. Dies spiegelt sich in einer spezifischen Aufteilung öffentlicher Leistungen wider, welche Mutterschaft und die Familie stark bedient, jedoch kaum Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit unterstützt. Den Gegenpol dazu stellen die lutherischen Staaten dar, die letzterem einen hohen Stellenwert zusprechen und sich deshalb im OECD-Vergleich durch besonders hohe Kinderbetreuungsausgaben auszeichnen.

Außerdem erweist sich die Religiosität der Bevölkerung als weiterer wichtiger kultureller Faktor zur Erklärung familienpolitischer Ländervarianz. Allerdings ist wichtig zu betonen, dass es sich dabei nicht um einen weiteren katholischen Effekt handelt. Vielmehr muss die Stärke religiöser Werte als unabhängiges Element in katholischen, aber auch gemischt-christlichen und reformiert-protestantischen Ländern gesehen werden. Das heißt, in all diesen Staaten sind stärker ausgeprägte religiöse Werthaltungen – welche es auch sein mögen – mit geringerer staatlicher Intervention verbunden. Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, dass Religiosität mit starken Vorstellungen zur Rolle der Familie und der Frauen in der Gesellschaft verbunden ist (Morgan 2009: 83), welche die Familienpolitik unabhängig vom konfessionellen Hintergrund prägen.

Insgesamt lassen die vorliegenden Analysen den Schluss zu, dass vor allem die kulturellen und wertbezogenen Aspekte des religiösen Faktors für die Erklärung familienpolitischer Länderdifferenzen von zentraler Bedeutung sind. So bietet sowohl die Berücksichtigung der Stärke religiöser Werte als auch deren feinere konfessionelle Unterscheidung wichtige Einsichten für ein differenziertes Verständnis der familien-

politischen Investitionen in den christlich geprägten OECD-Staaten. Im Gegensatz dazu kann die ebenfalls neu eingeführte politisch-institutionelle Dimension der Religion in Form des Staat-Kirche-Verhältnisses keinen zusätzlichen Beitrag zur Erklärung der Ausgabemuster in der Familienpolitik leisten.

Die Befunde dieses Beitrags öffnen Raum für zukünftige Forschung. Unsere Analysen implizieren, dass die religiösen Muster nicht nur mit der Ausgestaltung öffentlicher Politik verbunden sind, sondern auch mit den sozio-ökonomischen Charakteristika eines Landes und seiner gesellschaftlichen Modernisierung korrelieren. Dies spiegelt sich darin wider, dass der Einbezug des religiösen Faktors die Bedeutung der Kontrollvariablen in unseren Modellen wesentlich verringert. Dies ist insbesondere mit Blick auf die Frauenerwerbstätigkeit deutlich geworden. Hier müssen weitere Untersuchungen beleuchten, wie diese religiösen und gesellschaftlichen Dimensionen im politischen Prozess interagieren.

Schließlich hat der vorliegende Beitrag das Augenmerk auf den multidimensionalen Zusammenhang zwischen Religion und einem bestimmten Bereich öffentlicher Politik, der Familienpolitik, gelegt. Weitere quantitativ-vergleichende Forschungsbestrebungen sind jedoch nötig, um diese neuen theoretischen Perspektiven in anderen Politikbereichen zu untersuchen. Sozialpolitik im Allgemeinen, aber auch Biotechnologie sowie andere moralisch „belastete“ Themen sind nur ein paar wenige und offensichtliche Beispiele, mit der sich zukünftige Forschung beschäftigen sollte, um ein umfassenderes Verständnis über den religiösen Faktor in der öffentlichen Politik zu erhalten.

Literaturverzeichnis

- Armingeon, Klaus; Careja, Romana (2004): *Comparative Data Set for 28 Post-Communist Countries, 1989-2004*. University of Berne: Institute of Political Science.
- Armingeon, Klaus; Gerber, Marlène; Leimgruber, Philipp; Beyeler, Michelle; Menegale, Sarah (2008): *Comparative Political Data Set I, 1960-2005*. University of Berne: Institute of Political Science.
- Bahle, Thomas (2003): „Staat, Kirche und Familienpolitik in westeuropäischen Ländern. Ein historisch-soziologischer Vergleich“, *Politische Vierteljahresschrift (PVS)*, Sonderheft 33: 391-411.
- Castles, Francis G. (1993): *Families of Nations: Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Dartmouth: Aldershot.
- Castles, Francis G. (1994): „On religion and public policy: Does Catholicism make a difference?“, *European Journal of Political Research* 25: 19-40.
- Castles, Francis G. (1998): *Comparative Public Policy. Patterns of Post-War Transformation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Castles, Francis G. (2008): „What Welfare States Do: A Disaggregated Expenditure Approach“, *Journal of Social Policy* 38: 45-62.
- Dahlberg, Lena (2005): „Interaction between Voluntary and Statutory Social Service Provision in Sweden: A Matter of Welfare Pluralism, Substitution or Complementarity?“, *Social Policy and Administration* 39(7): 740-763.
- Daly, Mary (1999): „The Functioning Family: Catholicism and Social Policy in Germany and Ireland“, *Comparative Social Research* 18: 105-133.

- Emmenegger, Patrick (2008): „Religion und Arbeitnehmerschutzgesetzgebung. Eine Fuzzy-Set Analyse“, *Swiss Political Science Review* 14: 85-130.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge u. a.: Polity Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999) *The Social Foundations of Postindustrial Economies*. New York u. a.: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta; Korpi, Walter (1984): „Social Policy as Class Politics in Post-War Capitalism. Scandinavia, Austria, and Germany“, in: John H. Goldthorpe (Hg.): *Order and Conflict in Contemporary Capitalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Fink, Simon (2008): „Politics as Usual or Bringing Religion Back In? The Influence of Parties, Institutions, Economic Interests, and Religion on Embryo Research Law“, *Comparative Political Studies* 41: 1631-1656.
- Fix, Birgit (2001a): *Religion und Familienpolitik. Deutschland, Belgien, Österreich und die Niederlande im Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Fix, Birgit (2001b): The Institutionalization of Family Welfare: Division of Labour in the Field of Child Care in Austria and Germany. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich I, Nr. 24.
- Fox, Jonathan (2001): „Religion as an Overlooked Element in International Relations“, *International Studies Review* 3: 53-73.
- Fox, Jonathan (2008): *A World Survey of Religion and the State*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gauthier, Anne H. (2000): Public policies affecting fertility and families in Europe: a survey of the 15 member states. Paper prepared for the European Observatory on Family Matters Annual Seminar, 15–16 September. Download unter: <http://www.iesf.es/fot/Policies-affecting-fertility-2000.pdf> (Zugriff am 06.08.2009).
- Gill, Anthony (2001): „Religion and Comparative Politics“, *Annual Review of Political Science* 4: 117-138.
- Gill, Jeff (2008): *Bayesian Methods. A Social and Behavioral Sciences Approach*. Boca Raton: Chapman & Hall/CRC.
- Gottfried, Heidi; O'Reilly, Jacqueline (2002): „Regulating Breadwinner Models in Socially Conservative Welfare Systems: Comparing Germany and Japan“, *Social Politics* 9: 29-59.
- Heidenheimer, Arnold J. (1983): „Secularization and the Westward Spread of the Welfare State, 1883-1983. Two Dialogues about How and Why Britain, the Netherlands, and the United States Have Differed“, in: Richard F. Tomasson (Hg.): *The Welfare State, 1883-1983*. Greenwich u. a.: Jai Press.
- Heston, Alan; Summers, Robert; Aten, Bettina (2006): Penn World Table Version 6.2. Center for International Comparisons of Production, Income and Prices at the University of Pennsylvania, 10.02.2009.
- Henderson, Alisa; White, Linda A. (2004): „Shrinking welfare states? Comparing maternity leave benefits and child care programs in European Union and North American welfare states, 1985-2000“, *Journal of European Public Policy* 11: 497-519.
- Huber, Evelyn; Ragin, Charles; Stephens, John D. (1993): „Christian Democracy, Constitutional Structure, and the Welfare State“, *The American Journal of Sociology* 99: 711-749.
- Jackman, Simon (2009): *Bayesian Analysis for the Social Sciences*. Chichester: Wiley.
- Kahl, Sigrun (2005): „The Religious Roots of Modern Poverty Policy: Catholic, Lutheran, and Reformed Protestant Traditions Compared“, *European Journal of Sociology* 46: 91-126.

- Kaufmann, Franz-Xaver (1988): „Christentum und Wohlfahrtsstaat“, *Zeitschrift für Sozialreform* 34: 65-89.
- Korpi, Walter (2000): „Faces of Inequality: Gender, Class, and Patterns of Inequalities in Different Types of Welfare State“, *Social Politics* 7: 127-91.
- Kremer, Monique (2006): „The Politics of Ideals of Care: Danish and Flemish Child Care Policy Compared“, *Social Politics: International Studies in Gender, State and Society* 13: 261-285.
- Liedhegener, Antonius (2008): „Religion in der vergleichenden Politikwissenschaft. Begriffe – Konzepte – Forschungsfelder“, in: Mathias Hildebrandt; Manfred Brocker (Hg.): *Der Begriff der Religion*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Manow, Philip (2002): „‘The Good, the Bad, and the Ugly’: Esping-Andersens Wohlfahrtsstaats Typologie und die konfessionellen Grundlagen des westlichen Sozialstaats“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54: 203-225.
- Manow, Philip (2004): *The Good, the Bad, and the Ugly: Esping-Andersen's welfare state typology and the religious roots of the western welfare state*. Köln, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Working Paper 04/3.
- Manow, Philip (2008): *Religion und Sozialstaat. Die konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsstaatsregime*. Frankfurt a. M. u. a.: Campus.
- Manow Philip; van Kersbergen, Kees (2009): „Religion and the Western Welfare State – The Theoretical Context“, in: Kees van Kersbergen; Philipp Manow (Hg.): *Religion, Class Coalition and Welfare States*. New York: Cambridge University Press, 1-38.
- Minkenberg, Michael (2002): „Religion and Public Policy. Institutional, Cultural, and Political Impact on the Shaping of Abortion Policies in Western Democracies“, *Comparative Political Studies* 35: 221-247.
- Minkenberg, Michael (2003): „The Policy Impact of Church-State Relations: Family Policy and Abortion in Britain, France, and Germany“, in: John T. S. Madeley; Zsolt Enyedi (Hg.): *Church and State in Contemporary Europe. The Chimera of Neutrality*. Portland: Frank Cass, 95-217.
- Minkenberg, Michael (2008): „Religious Legacies, Churches, and the Shaping of Immigration Policies in an Age of Religious Diversity“, *Religion and Politics* 1: 349-383.
- Morgan, Kimberly J. (2002): „Forging the Frontiers between State, Church, and Family: Religious Cleavages and the Origins of Early Childhood Education in France, Sweden, and Germany“, *World Politics* 55: 259-289.
- Morgan, Kimberly J. (2006): *Working mothers and the welfare state: religion and the politics of work-family policies in Western Europe and the United States*. Stanford: Stanford University Press.
- Morgan, Kimberly J. (2009): *The Religious Foundations of Work-Family Policies in Western Europe*, in: Kees van Kersbergen; Philip Manow (Hg.): *Religion, Class Coalition and Welfare States*. New York: Cambridge University Press, 56-90.
- OECD (2004): *Labour Force Statistics, 1983-2003*, S. 34-35. Download unter: http://www.oecd.org/topicstats-portal/0,2647,en_2825_495670_1_1_1_1_1,00.html (Zugriff am 05.01.2005).
- OECD (2007): *Social Expenditure database (SOCX), 1980-2003*. Download unter: www.oecd.org/els/so-cial/expenditure (Zugriff am 10.02.2009).
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa: Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske+Budrich.

- Rieger, Elmar; Leibfried, Stephan (2004): *Kultur versus Globalisierung. Sozialpolitische Theologie zwischen Konfuzianismus und Christentum*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schmidt, Manfred G. (1996): „When parties matter: A review of the possibilities and limits of partisan influence on public policy“, *European Journal of Political Research* 30: 155-183.
- Schmidt, Manfred G. (2000): „Die sozialpolitischen Nachzüglerstaaten und die Theorien der vergleichenden Staatsfähigkeitsforschung“, in: Herbert Obinger; Uwe Wagschal (Hg.): *Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen*. Frankfurt a. M. u. a.: Campus, 22-36.
- Shanahan, Suzanne (2005): „The Changing Meaning of Family: Individual Rights and Irish Adoption Policy, 1949-99“, *Journal of Family History* 30: 86-108.
- Sjöberg, Ola (2004): „The Role of Family Policy Institutions in Explaining Gender-Role Attitudes: A Comparative Multilevel Analysis of Thirteen Industrialized Countries“, *Journal of European Social Policy* 14: 107-123.
- Stadelmann-Steffen, Isabelle (2008): „Woman, Labour, and Public Policy. The female labour market integration in the OECD countries: A comparative perspective“, *Journal of Social Policy* 37: 383-408.
- Traunmüller, Richard (2009): „Religion und Sozialintegration. Eine empirische Analyse der religiösen Grundlagen sozialen Kapitals“, *Berliner Journal für Soziologie* 19: 435-468.
- Van Kersbergen, Kees (1995): *Social Capitalism: A Study of Christian Democracy and the Welfare State*. London u. a.: Routledge.
- Van Kersbergen, Kees; Manow, Philip (Hg.) (2009): *Religion, Class Coalitions, and Welfare States*. New York: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney; Schlozman Kay L.; Brady Henry (1995): *Voice and Equality: Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.
- Western, Bruce; Jackman, Simon (1994): „Bayesian Inference for Comparative Research“, *American Political Science Review* 88: 412-423.
- Wilensky, Harold L. (1981): „Leftism, Catholicism and Democratic Corporatism: The Role of Political Parties in Recent Welfare State Development“, in: Peter Flora; Arnold Heidenheimer (Hg.): *The Development of Welfare States in Europe and America*. New Brunswick: Transaction, 345-392.
- Wilensky, Harold L. (2002): *Rich Democracies: Political Economy, Public Policy and Performance*. Berkeley: University of California Press.

Kontakt

Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen
Universität Bern
Institut für Politikwissenschaft
Lerchenweg 36
3000 Bern 9
Schweiz
E-Mail: isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch

Isabelle Stadelmann-Steffen, geb. 1979, ist Assistenzprofessorin für Vergleichende Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, soziale Ungleichheit, zivilgesellschaftliches Engagement sowie direkte Demokratie. Jüngste Publikationen sind u. a. in *Governance*, *European Union Politics*, *Political Studies*, *European Sociological Review* und *Political Behavior* erschienen.

Dr. Richard Traunmüller
Universität Bern
Institut für Politikwissenschaft
Lerchenweg 36
3000 Bern 9
Schweiz
E-Mail: richard.traunmueller@ipw.unibe.ch

Richard Traunmüller ist Oberassistent am Lehrstuhl für Politische Soziologie des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Vergleichende Politik an der Universität Konstanz, wo er im Jahr 2011 seine Promotion in Politikwissenschaft abschloss. Forschungsschwerpunkte umfassen Politische Soziologie, Religion und Politik sowie quantitative Methoden. Bisherige Veröffentlichungen sind u. a. erschienen in *Comparative Politics*, *European Journal of Political Research*, *European Sociological Review*, *Journal of Applied Social Science Studies*, *Swiss Political Science Review* und der *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*.

Anhangstabelle 1: Variablen, Operationalisierung und Deskriptive Statistiken

Variable	Deskriptive Statistik	Operationalisierung / Quelle
Abhängige Variablen		
Kinderbetreuung	MW: 1.28 SA: 0.93 Min.: 0.21 Max.: 4.20	Öffentliche Ausgaben für externe Kinderbetreuung und Vorschulbildung in % des BIP, Mittelwert 1999-2003. Quelle: OECD (2007), Kategorien 10.5.2.1.X, plus einzelne andere Leistungen, die explizit mit externer Kinderbetreuung verbunden sind.
Mutterschaft	MW: 0.55 SA: 0.48 Min.: 0.00 Max.: 1.58	Mutterschaftsbezogene öffentliche finanzielle Leistungen in % des BIP, Mittelwert 1999-2003. Quelle: OECD (2007), Kategorien 10.5.1.2.0.X.
Unabhängige Variablen		
Dominante Konfession	Anteil: Katholisch: 48.1 % Lutherisch: 18.5 % Andere prot.: 11.1 % Gemischt-christ.: 22.2 %	Eigene Kategorisierung basierend auf Fox (2008): 0 = katholisch (inkl. orthodox), 1 = lutherisch, 2 = andere protestantische Länder, 3 = gemischt-christlich.
Staat-Kirche-Beziehung	MW: 6.37 SA: 2.66 Min.: 0.00 Max.: 11	„Religious Legislation Index“ für das Jahr 1999 (Fox 2008).
Religiosität	MW: 21.90 SA: 17.31 Min.: 2.65 Max.: 65.41	Anteil der Bevölkerung, der mindestens einmal wöchentlich Gottesdienste besucht, <i>European/World Values Study</i> , 3. und 4. Welle, je nach Datenverfügbarkeit (1995-2000), Frage f028 umkodiert in zwei Kategorien: 1 = besucht Gottesdienste mindestens einmal pro Woche, 0 = alle anderen (weniger als einmal pro Woche).
Religiöse Parteien	MW: 10.05 SA: 11.79 Min.: 0 Max.: 38.94	Wähleranteile der religiösen Parteien im nationalen Parlament, Mittelwert 1995-1999. Quelle: Armingeon et al. (2008); Armingeon/Careja (2004).
BIP	MW: 19.81 SA: 7.04 Min.: 6.84 Max.: 37.23	Reales Bruttoinlandprodukt pro Kopf, in \$1000 und laufenden Preisen, Mittelwert 1995-1999. Quelle: Heston et al. (2006).
Linke Parteien	MW: 32.84 SA: 13.15 Min.: 0 Max.: 56.14	Wähleranteile für linke Parteien im nationalen Parlament (sozialdemokratisch, links-sozialistisch, kommunistisch), Mittelwert 1995-1999. Quelle: Armingeon et al. (2008); Armingeon/Careja (2004).
Frauenenerwerbstätigkeit	MW: 58.37 SA: 11.02 Min.: 4 Max.: 81	Weibliche Erwerbsbevölkerung (Beschäftigung/Bevölkerungsanteil der 15-64-jährigen Frauen in %), 2000. Quelle: OECD (2004).

Quelle: Eigene Darstellung

Copyright of Zeitschrift für Sozialreform is the property of Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH and its content may not be copied or emailed to multiple sites or posted to a listserv without the copyright holder's express written permission. However, users may print, download, or email articles for individual use.